

KONJUNKTURWENDE NOCH NICHT SICHTBAR

Der dämpfende Effekt der internationalen Konjunkturabschwächung auf Exporte und Investitionen wird in Österreich durch den Rückgang der Bauproduktion verschärft. Die Arbeitsmarktlage hat sich dadurch stark verschlechtert.

Die WIFO-Unternehmensbefragungen lassen noch keine Hoffnung auf eine Konjunkturwende aufkommen. Das Vertrauen der Industrie in die Entwicklung der Wirtschaft hat sich bis zum November weiter verschlechtert. Auftragseingänge, Geschäftsgang und Produktionserwartungen werden von den Unternehmen ungünstiger eingeschätzt als in den Vormonaten. Die Terroranschläge haben die internationale Wirtschaft geschockt, ihre Folgen werden den Konjunkturaufschwung weiter hinauszögern.

Der Export hielt der internationalen Konjunkturabschwächung bis zum Sommer relativ gut stand. In den Monaten Juli und August (letzte verfügbare Daten) übertraf er das Vorjahresniveau nominell noch um 4½%. Im IV. Quartal ist jedoch infolge der Ereignisse vom 11. September eine weitere Abschwächung zu befürchten.

Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung stagnierte im II. und III. Quartal auf dem Vorjahresniveau. In einer ungünstigeren Konjunkturlage befindet sich die Bauwirtschaft: Im Durchschnitt der Monate Juli und August sank der Produktionswert des Hoch- und Tiefbaus nominell um 3% gegenüber dem Vorjahr, real um mehr als 4%. Besonders ausgeprägt war der Rückgang im Wohnbau (nominell –10%), auch die Bautätigkeit im öffentlichen Auftrag wurde eingeschränkt.

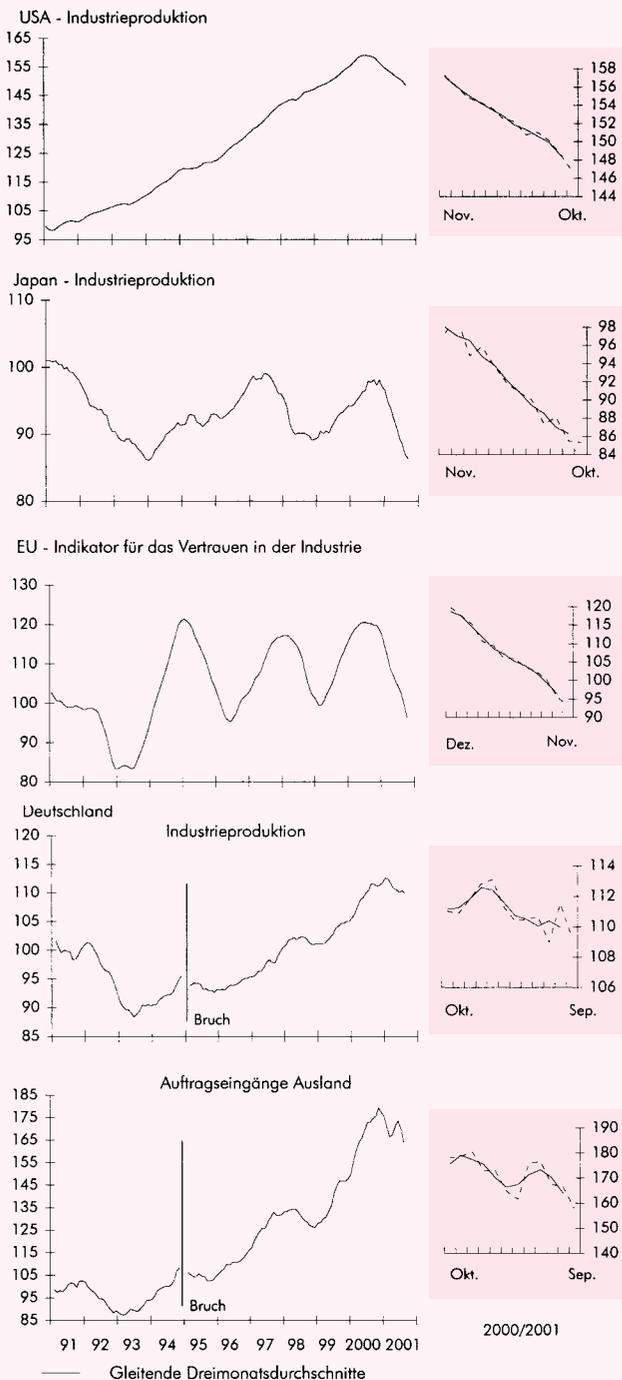
Die Konjunkturabschwächung hat die Situation auf dem Arbeitsmarkt erheblich verschlechtert. Der Vorjahresabstand der Beschäftigung ist bis November auf +3.000 (+0,1%) geschmolzen. Die Arbeitslosenquote (laut AMS) stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte, saisonbereinigt lag sie im November bereits bei 6,3%.

Der Abbau der Inflation sollte durch die Wachstumsverlangsamung begünstigt werden. Im Oktober stiegen die Verbraucherpreise neuerlich um 2,6%. Die Energieverbilligung schlug nicht auf die Inflationsrate durch, weil sich Nahrungsmittel und andere Positionen des Warenkorb (Studiengebühren) verteuerten.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO.

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100



KONJUNKTURSCHOCK DURCH DIE TERRORANSCHLÄGE

Die Attentate vom 11. September haben die Weltwirtschaft geschockt. Der erhoffte Konjunkturaufschwung wird sich deshalb verzögern. Die aktuelle Entwicklung der internationalen Konjunktur und die Prognosen für die Weltwirtschaft werden in diesem Heft (Scheiblecker, M., „Rezessionsängste überschatten die Weltwirtschaft“) gesondert und ausführlich dargestellt.

Die USA sind laut National Bureau of Economic Research (NBER) im März 2001 in die Rezession eingetreten. Das NBER gründet seine Einschätzung auf die Entwicklung der Industrieproduktion, der Arbeitslosigkeit und anderer Indikatoren. Bemerkenswert ist, dass die Wirtschaft der USA im I. Quartal, dem „offiziellen“ Beginn der Rezession, im Vorjahresvergleich noch um 2,5% expandierte.

In den USA wird der saisonbereinigten Entwicklung gegenüber dem Vorquartal besondere Bedeutung geschenkt. Das hat den großen Vorteil, dass eine Verbesserung oder Verschlechterung der Konjunktur schon frühzeitig erkannt wird und darauf konjunkturpolitisch reagiert werden kann. In Europa dominiert die Analyse der Wachstumsraten im Vorjahresvergleich, die erst später eine Trendwende sichtbar werden lässt. Wenn die Wirtschaftspolitik wartet, bis die Vorjahresabstände negativ werden, fällt die Reaktion meist zu spät aus. Das gilt auch für die Geldpolitik, die stark verzögerte Wirkung hat.

In den USA wurde der Rückgang des realen BIP im III. Quartal auf -1,1% (saisonbereinigte Jahresrate) gegenüber dem Vorquartal nach unten revidiert. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Veränderungsrate auf +0,6%. Dies spiegelt die Folgen der Terroranschläge wider.

Die japanische Wirtschaft ist am stärksten vom Konjunkturunbruch betroffen. Sie leidet insbesondere unter dem überhöhten Yen-Kurs und dem enormen Volumen an uneinbringlichen Schulden.

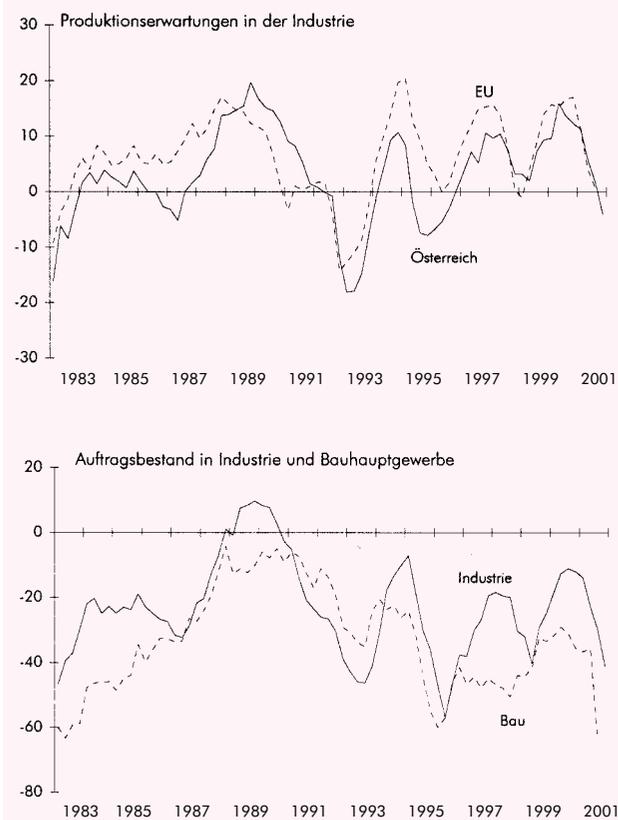
In Europa (mit Ausnahme von Deutschland) ist die Situation insgesamt noch deutlich günstiger als in den USA. Die europäische Wirtschaft kann sich allerdings weniger als erhofft von den USA abkoppeln und übernimmt deshalb nicht die Rolle eines Konjunkturmotors. Eine „Politik der ruhigen Hand“, die spät auf zyklische Schwankungen reagiert, bietet dafür auch wenig Voraussetzungen.

Die Wirtschaft des Euro-Raums wuchs im III. Quartal nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, um 1,3% gegenüber dem Vorjahr. Die Sachgüterproduktion ging zwar im III. wie im II. Quartal deutlich zurück (-3,4% pro Quartal), der Einzelhandel kompensierte jedoch diese Rückschläge. Auf der Nachfrageseite wurden Investitionen und Exporte deutlich eingeschränkt, die privaten Konsumausgaben hielten dem Abwärtstrend jedoch stand.

Der EZB-Rat hat angesichts der aktuellen Entwicklungen in seiner Sitzung vom 8. November die Leitzinssätze um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Die Inflationserwartungen werden durch die Konjunkturabschwächung offenkundig stark gedrückt – die Inflationsrate verringerte sich im Euro-Raum im November nach vorläufigen Berechnungen auf 2,1%.

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Der Euroframe-Indikator (<http://www.euro-frame.org>) lässt eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Euro-Raum auf 0,7% im IV. Quartal 2001 und im I. Quartal 2002 erwarten.

Für Deutschland ergibt sich ein wesentlich ungünstigeres Bild als im gesamten Euro-Raum. Das Wirtschaftswachstum kam im Vorquartalsvergleich schon im II. Quartal zum Stillstand. Die Bauproduktion ist stark rückläufig, und die Entwicklung des privaten Konsums bleibt hinter dem europäischen Durchschnitt zurück. Die Deutsche Bundesbank und einige Wirtschaftsforschungsinstitute glaubten im vergangenen Sommer bereits Indikatoren für einen Konjunkturaufschwung zu erkennen. Die Hoffnung war offenbar verfrüht bzw. wurde durch die Ereignisse vom 11. September zunichte gemacht.

KONJUNKTURBEURTEILUNG DEUTLICH UNGÜNSTIGER

Die Stimmung der Unternehmer verschlechterte sich im November weiter. In der jüngsten WIFO-Konjunkturumfrage bestätigt die überwiegend negative Beurteilung durch die Unternehmen diese Diagnose. Auftragslage und Geschäftsgang weisen in den meisten Branchen einen Abwärtstrend auf, nur in der Nahrungsmittelindustrie wird die Lage relativ stabil eingeschätzt.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests gehen konform mit den Umfragen in der EU. Das Vertrauen der europäischen Sachgüterproduzenten hat sich demnach im Oktober weiter verschlechtert, vor allem Produktionserwartungen und Auftragsbestände wurden nach unten korrigiert.

SACHGÜTERPRODUKTION IM SOG DER KONJUNKTURABSCHWÄCHUNG

Die Wertschöpfung der Sachgüterproduktion stagnierte im II. und III. Quartal 2001 auf dem Vorjahresniveau. Die Erzeugung von langlebigen Konsumgütern und Investitionsgütern ging zurück.

Diese Entwicklung steht im Einklang mit jener im Euro-Raum – dort verringerte sich die Industrieproduktion im Sommer gegenüber dem Vorjahr leicht.

Die Produktionsdaten spiegeln nun somit jene Konjunkturabschwächung wider, auf welche die Stimmungsindikatoren im WIFO-Konjunkturtest schon längere Zeit hindeuteten.

RÜCKGANG DER BAUPRODUKTION

Die Bauwirtschaft ist vom Konjunkturreinbruch wesentlich stärker gezeichnet als die Sachgütererzeugung. In den ersten acht Monaten 2001 sank der Produktionswert im Hoch- und Tiefbau (ohne Baunebengewerbe) – trotz günstiger Ergebnisse im I. Quartal – nominell um 1%, real um etwa 2%. Besonders ungünstig war die Entwicklung im Wohnungsbau, im Bereich der Adaptierungen sowie im Straßen- und Eisenbahnoberbau. Der Tunnel- und Wasserbau expandierte dagegen kräftig. Die öffentliche Bautätigkeit, die rund ein Drittel des Hoch- und Tiefbaus ausmacht, ging in den ersten acht Monaten dieses Jahres nach Berechnungen von Statistik Austria nominell um 1 1/2% zurück.

Die Arbeitsmarktdaten bestätigen die Abwärtstendenz der Bauwirtschaft: Viele Bauarbeiter werden abgebaut, die Arbeitslosigkeit steigt überdurchschnittlich.

EXPORTE NOCH RELATIV DYNAMISCH

Die Dynamik der Exporte blieb – nach den vorliegenden Daten – angesichts der internationalen Konjunkturabschwächung überraschend hoch. In den ersten acht Monaten 2001 wurde die Warenausfuhr gegenüber dem Vorjahr nominell um mehr als 7% gesteigert. Die Zuwachsraten hatten jedoch sinkende Tendenz. Im August stieg der Warenwert der Ausfuhr im Vorjahresvergleich um 2,5%. Erwartungsgemäß günstig entwickelten sich heuer die Exporte in die erdölproduzierenden Länder (OPEC, frühere UdSSR), hervorragend auch jene nach Fernost.

GUTE SOMMERSAISON IM TOURISMUS

In der Sommersaison 2001 setzte die österreichische Tourismuswirtschaft wesentlich mehr um als im Vorjahr. Die Entwicklung dürfte ähnlich dynamisch gewesen sein wie in der vergangenen Wintersaison, was als besonderer Erfolg zu verbuchen ist. Die Zahl der Ausländernachtungen blieb allerdings deutlich unter dem Vorjahresergebnis.

Die internationale Konjunkturabschwächung wirkte sich in der Sommersaison noch kaum auf den Tourismus aus, sie wird sich in den Buchungen mit der üblichen Verzögerung erst im nächsten Jahr niederschlagen. Im September waren erwartungsgemäß Einbußen im Bereich der Fernreisen (aus den USA) zu verzeichnen. Das relativ günstige Ergebnis im Sommertourismus ist vor allem Gästen aus den Niederlanden, Italien und der Schweiz zu verdanken. Die Nachfrage aus Deutschland stagnierte.

Die Leistungsbilanz wies laut Cash-Daten in den ersten drei Quartalen kumuliert einen Saldo von -53 Mrd. S (-3,85 Mrd. €) auf, um 8½ Mrd. S niedriger als im Vorjahr. Die Verringerung des Defizits geht hauptsächlich auf einen höheren Überschuss in der Dienstleistungsbilanz zurück. Das Passivum in der Bilanz der Warenzahlungen hat sich etwas vergrößert. Die Reiseverkehrsbilanz blieb unverändert und trug nicht zur Verbesserung der Dienstleistungsbilanz bei.

UNKLARE ENTWICKLUNG IM HANDEL

Die Statistik weist heuer eine ungünstige Entwicklung im Handel aus: Die Großhandelsumsätze blieben im Durchschnitt des I. bis III. Quartals real um etwa 3% unter dem Vorjahreswert. Das steht im Einklang mit der relativ schwachen Außenhandels- und Investitionstätigkeit. Auch der Rückgang des Kfz-Handels (einschließlich Reparatur) um rund 2½% real geht mit der Verringerung der Kfz-Neuzulassungen um rund 5% annähernd konform. Überraschenderweise stagnierte jedoch der Einzelhandel in realer Rechnung laut offizieller Statistik auf dem Vorjahresniveau, während andere statistische Quellen auf eine günstigere Entwicklung hindeuten. Auch die Zunahme der Beschäftigung im Handel macht eine Stagnation der realen Einzelhandelsumsätze in den ersten acht Monaten unwahrscheinlich.

Der private Konsum wird vor dem Hintergrund der Abschwächung der Export- und Investitionsdynamik als potentielle Konjunkturstütze immer wichtiger. Derzeit kann jedoch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, wieweit er diese Funktion erfüllt.

INFLATIONSRATE HIELT IM OKTOBER BEI 2,6%

Die Inflationsrate verharrt seit einigen Monaten hartnäckig bei etwa 2½%. Im Oktober betrug sie 2,6%. Über-

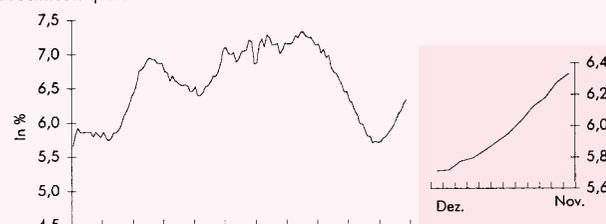
Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt

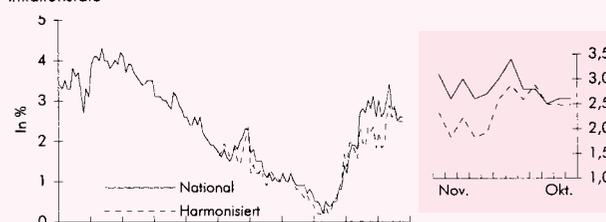
Unselbständig Beschäftigte



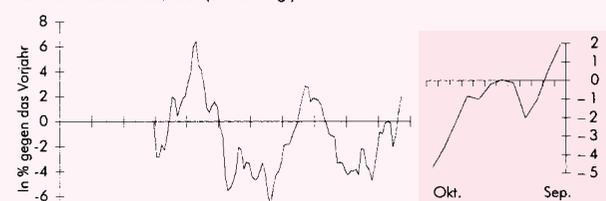
Arbeitslosenquote



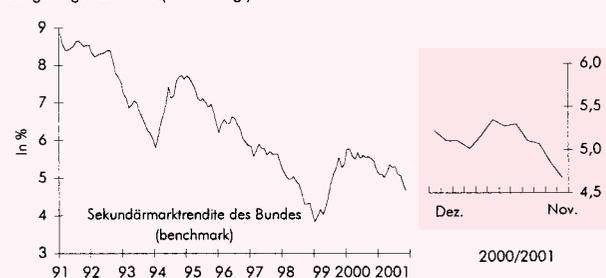
Inflationsrate



Effektiver Wechselkurs, real (unbereinigt)



Langfristiger Zinssatz (unbereinigt)



durchschnittlich war der Vorjahresabstand vor allem für Ausgaben in den Bereichen Ernährung und Getränke (+4%) sowie Freizeit und Bildung: Die Einführung der Studiengebühren hob die Inflationsrate laut Berechnungen von Statistik Austria um 0,2 Prozentpunkte an. Die Energiepreise drückten dagegen den Preisanstieg: Beleuchtung und Beheizung wurden um 3% billiger, Verkehrsausgaben (Benzin, Dieselöl) verteuerten sich um nur knapp 1% gegenüber dem Vorjahr.

Im Euro-Raum sinkt die Inflationsrate seit Juli (2,8%) kontinuierlich, im Oktober erreichte sie 2,4% – eine

ähnliche Rate wie der vergleichbare Harmonisierte Verbraucherpreisindex in Österreich (2,5%).

Im Gefolge der Abschwächung der internationalen Konjunktur gaben die Weltmarktpreise deutlich nach: Energierohstoffe waren im Oktober auf Schillingbasis um

Trotz einer deutlichen Verbilligung von Energie blieb die Inflationsrate im Oktober 2001 unverändert. Die kräftige Verteuerung der Nahrungsmittel und die Einführung der Studiengebühren waren die Hauptursachen.

rund ein Drittel billiger als vor einem Jahr, Industrierohstoffe um fast 20%, Nahrungs- und Genussmittel um etwa 15%.

Die Tariflöhne stiegen im Oktober – ähnlich wie in den Monaten davor – um 2,8%. Für die weitere Lohnentwicklung ist der Abschluss der Metallindustrie richtungsweisend (Mindestlöhne der Metallarbeiter +3%, Istlöhne +2,9%, aber mindestens +600 S). Im Gegensatz zu den letzten Jahren blieben die Lohnabschlüsse in den anderen Branchen relativ wenig hinter dieser Marke zurück. In der Chemieindustrie, der Papier-, Glas- und Keramikindustrie wurden die Mindestlöhne etwa um 2,7% bis 2,9% erhöht. Die Gewerkschaften der einzelnen Branchen versuchten in den Kollektivvertragsabschlüssen zumindest eine Abgeltung der Inflation zu erreichen.

ARBEITSLOSENQUOTE UM FAST 1 PROZENTPUNKT GESTIEGEN

Im Gefolge des Konjunkturreinbruchs wurde das Beschäftigungswachstum im Laufe des Jahres immer geringer. Im November lag die Zahl der Arbeitsplätze um nur noch 3.000 (+0,1%) über dem Vorjahresniveau. Saisonbereinigt geht die Beschäftigung bereits seit dem Sommer tendenziell zurück.

Wie in solchen Konjunkturphasen üblich, sind männliche Arbeitskräfte besonders stark betroffen. Darin schlägt sich vor allem der Abbau von Arbeitskräften in der Bauwirtschaft nieder (Jänner bis Oktober –11.000

Die Konjunkturabschwächung, welche die arbeitsintensive Bauwirtschaft besonders traf, hat die Arbeitsmarktlage stark verschlechtert. Im November stagnierte die Beschäftigung praktisch auf dem Vorjahresniveau, die Arbeitslosenquote war um fast 1 Prozentpunkt höher als im Vorjahr.

bzw. –4% gegenüber dem Vorjahr). Die Zahl der beschäftigten Frauen stieg weiter, vermutlich jedoch vorwiegend auf Teilzeitarbeitsplätzen.

Stark ausgeprägt ist der Beschäftigungsabbau neben der Bauwirtschaft auch im Verkehrssektor (Post) und im öffentlichen Dienst. In der Sachgütererzeugung ist der Vorjahresabstand seit September ebenfalls negativ. Der private Dienstleistungssektor benötigt dagegen weiterhin mehr Arbeitskräfte als im Vorjahr.

In der Entwicklung der Arbeitslosigkeit trat die Trendwende schon im Mai ein. Seither steigt die Arbeitslosigkeit in zunehmendem Tempo. Ende November waren 224.900 Arbeitslose vorgemerkt, um 32.000 mehr als vor einem Jahr. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erreichte 6,3% (laut Eurostat 4,1%). Besonders deutlich erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft, aber auch im Tourismus nahm sie trotz guter Umsatzentwicklung zu.

Der Einfluss der nachlassenden Konjunktur zeigt sich auch in der Entwicklung des Stellenangebotes: Die Zahl der offenen Stellen liegt seit Jahresbeginn unter dem Vorjahresniveau, im November bereits um fast 30%.

Abgeschlossen am 7. Dezember 2001.

MICHAEL PENEDER
(KOORDINATION)

■ STRUKTURWANDEL UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

DIE INDUSTRIEPOLITISCHE BEDEUTUNG DES ÖSTERREICHISCHEN STRUKTUR-PERFORMANCE- PARADOXONS

Wesentliche Faktoren der historisch guten Wachstumsperformance stehen Österreich nicht mehr zur Verfügung. Das besondere Aufholpotential durch die Übernahme fremder Technologien hat sich im Zuge der erfolgreichen Entwicklung erschöpft. Europäische Integration und Budgetkonsolidierung beschränken den nationalen Spielraum in der Makropolitik.

Eine aktive Industrie- und Strukturpolitik sollte dem entgegenwirken und bisher ungenutzte Wachstumspotentiale freisetzen. Sie sollte sich an drei strategischen Zielen orientieren:

1. Zuwachs produktiver Ressourcen durch Lernen und Kapitalinvestitionen,
2. Neuerung durch Innovation und Unternehmertum,
3. effektive Steuerung durch fairen Wettbewerb.

- *Einleitung*
- *Österreichs Struktur-Performance-Paradoxon*
Was bleibt von der guten Makroperformance? – Defizite in der österreichischen Branchenstruktur – Branchenstruktur und Wirtschaftswachstum
- *Grundlagen einer wachstumsorientierten Industriepolitik*
Traditionelle Stärken: Ökonomischer Raum – Makropolitik – Arbeitsbeziehungen – Unternehmertum
Neue Herausforderungen: Investitionen in Sachkapital und Humanressourcen – Neuerung durch Innovation und kreatives Unternehmertum – Offene Märkte und freier Wettbewerb
- *Anhang*
- *Literaturhinweise*

Michael Peneder (Koordination), Karl Aiginger, Gernot Hutschenreiter, Markus Marterbauer, *Structural Change and Economic Growth*, WIFO study commissioned by the Federal Ministry for Economic Affairs and Labour, Section IV (Industry, Technology and Innovation) • 2001
• 164 pages • ATS 500,00 or EUR 36,34 • Deutsche Kurzfassung 30 Seiten, ATS 250,00 bzw. EUR 18,17